

Vertrauen in die Politik: Wie lässt sich Zuversicht in Institutionen bewahren?

Chart der Woche, 2025-KW20

15. Mai 2025



Vertrauen in Institutionen

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu: „Vertrauen in Institutionen (z.B. Parlamente, Gerichte, Medien) ist eine wichtige Basis für eine stabile Gesellschaft“.



Online Repräsentativbefragung von 2.000 Personen ab 18 Jahren durch die GfK in Deutschland

Ergebnis

Vertrauen in Institutionen bildet das Fundament einer stabilen Gesellschaft. Es ermöglicht zentralen Einrichtungen wie Parlamenten, Gerichten oder Medien, ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Mehr als drei Viertel der Bürger teilen diese Überzeugung. Unterschiede zwischen den

Altersgruppen sind dabei nur gering ausgeprägt. Ältere Bürger messen dem Vertrauen eine etwas größere Bedeutung bei, während die jüngere Generation eine leicht zurückhaltendere Haltung zeigt. Insgesamt herrscht jedoch ein breiter Konsens, der die essenzielle Rolle von Vertrauen für gesellschaftliche Stabilität und ein friedliches Zusammenleben verdeutlicht.

Gründe

In den letzten Jahren war die öffentliche Diskussion oftmals von einem Vertrauensverlust gegenüber Institutionen wie Parteien, Wissenschaft und Medien geprägt. Verschiedene Ursachen und Entwicklungen haben zu dieser Entwicklung beigetragen, z.B. politische Polarisierung, populistische Bewegungen, mangelnde Transparenz, schlechtes Krisenmanagement, missverständliche Kommunikation oder auch Desinformation. Trotz all dieser Fehler und Kritik bleibt für den Großteil der Bürger Vertrauen in Institutionen essenziell, um ein sicheres Zusammenleben zu ermöglichen.

Vertrauen bildet somit die Grundlage für die Legitimation von Entscheidungen und deren Akzeptanz, selbst wenn diese nicht den eigenen Vorstellungen entsprechen. Es schafft die Gewissheit, Konflikte friedlich lösen zu können und grundlegende Bedürfnisse wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder Rentensicherheit zu gewährleisten. Ohne Vertrauen drohen nicht nur eine Erosion der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts, sondern auch wirtschaftliche Stagnation und eine geringere Innovationskraft.

Ältere Bürger messen dem Vertrauen in Institutionen eine etwas größere Bedeutung bei als jüngere Generationen. Ihre Erfahrungen mit Krisenzeiten haben sie gelehrt, stabile Strukturen zu schätzen. Für sie stehen Institutionen für Sicherheit, Stabilität und besonnenes Handeln. Mit zunehmendem Alter steigt zudem die direkte Abhängigkeit von funktionierenden Systemen, etwa im Bereich der Gesundheits- oder Rentenversorgung. Die Sozialisation dieser Generation erfolgte in einer Zeit, in der Institutionen mit Autorität gleichgesetzt wurden und Respekt genossen. Dieses hat dazu geführt, ältere Bürger weniger misstrauisch gegenüber staatlichen Strukturen einzustellen. Ihre geringere Affinität zu digitalen Medien schützt sie zudem vor der Skepsis und Kritik, die dort oft verbreitet werden.

Im Gegensatz dazu ist die jüngere Generation in einer Welt der Digitalisierung aufgewachsen und sieht sich eher als Teil einer globalisierten Welt, in der lokale oder nationale Institutionen weniger wichtig für ihre Lebensgestaltung sind. Zudem spielen Autoritäten und traditionelle Bindungen zu staatlichen Einrichtungen eine geringere Rolle in ihrer Lebenswelt. Dieses zeigt sich auch in ihrer Betonung von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sowie ihrer stärkeren Ablehnung von institutionellen Regelungen oder Vorgaben, von denen sie sich öfters eingeschränkt fühlen.

Prognose

Das Vertrauen in Institutionen wird in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle für die Stabilität der Demokratie und Gesellschaft spielen. Die Entwicklung dieses Vertrauens hängt maßgeblich davon ab, wie die politischen Vertreter auf Herausforderungen wie Migration und wirtschaftliche Unsicherheiten reagieren. Parteien, die durch effektives Krisenmanagement überzeugen, werden an Ansehen gewinnen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass ineffizientes Handeln oder mangelnde Transparenz bestehendes Vertrauen weiter untergraben. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, wie schnell Vertrauen verloren gehen kann, wenn Entscheidungen als unzureichend oder widersprüchlich wahrgenommen werden.

Auch werden technologische Entwicklungen wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Institutionen prägen. Fehlende oder unklare Regulierungen werden Misstrauen fördern, insbesondere wenn Technologien Fehler machen oder zur Verbreitung von Desinformation beitragen. Institutionen, die ethische Standards setzen und Innovation transparent gestalten, werden hingegen als vertrauenswürdiger wahrgenommen werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor wird die Fähigkeit von Institutionen sein, ihre Arbeit nachvollziehbar und transparent zu gestalten. Soziale Medien spielen hierbei eine doppelte Rolle: Einerseits können sie Misstrauen verstärken, andererseits eröffnen sie neue Möglichkeiten für den Dialog zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern. Langfristig wird sich zeigen, ob Institutionen nicht nur kurzfristige Erfolge erzielen möchten („Denken in Legislaturperioden“, „Denken an die Schlagzeile/ Auflage/ Klickzahlen“), sondern auch komplexe Herausforderungen glaubwürdig bewältigen wollen.

Vertrauen bleibt somit auch in Zukunft eine Schlüsselressource für die Legitimität staatlicher Maßnahmen und die Stabilität demokratischer Strukturen.